

Die verborgene Wahrheit über den Krieg in der Ukraine

Jacques Baud

Die kulturellen und historischen Elemente, die die Beziehungen zwischen Russland und der Ukraine bestimmen, sind wichtig. Die beiden Länder haben eine lange, reiche, vielfältige und bewegte gemeinsame Geschichte.

Dies wäre wesentlich, wenn die Krise, die wir heute erleben, in der Geschichte verwurzelt wäre. Sie ist jedoch ein Produkt der Gegenwart. Der Krieg, den wir heute erleben, stammt nicht von unseren Urgroßeltern, unseren Großeltern oder sogar unseren Eltern. Er kommt von uns. Wir haben diese Krise geschaffen. Wir haben jeden Teil und jeden Mechanismus geschaffen. Wir haben nur die bestehende Dynamik ausgenutzt und die Ukraine ausgenutzt, um einen alten Traum zu erfüllen: zu versuchen, Russland zu stürzen. Die Großväter von Chrystia Freeland, Antony Blinken, Victoria Nuland und Olaf Scholz hatten diesen Traum; wir haben ihn verwirklicht.

Die Art und Weise, wie wir Krisen verstehen, bestimmt die Art und Weise, wie wir sie lösen. Betrug an den Fakten führt in die Katastrophe. Das ist es, was in der Ukraine geschieht. In diesem Fall ist die Zahl der Probleme so groß, dass wir sie hier nicht erörtern können. Lassen Sie mich nur auf einige von ihnen eingehen.

Hat James Baker 1990 gegenüber Michail Gorbatschow versprochen, die Osterweiterung der NATO zu begrenzen?

Im Jahr 2021 erklärte [NATO](#)-Generalsekretär Jens Stoltenberg, dass „es nie ein Versprechen gegeben habe, dass die NATO nach dem Fall der Berliner Mauer nicht nach Osten expandieren würde“. Diese Behauptung ist unter selbsternannten Russlandexperten nach wie vor weit verbreitet, die erklären, es habe keine Versprechen gegeben, weil es keinen Vertrag oder eine schriftliche Vereinbarung gegeben habe. Dieses Argument ist ein wenig vereinfachend und falsch.

Es stimmt, dass es keine Verträge oder Beschlüsse des Nordatlantikrats (NAC) gibt, in denen solche Versprechen enthalten sind. Das heißt aber nicht, dass sie nicht formuliert wurden, und auch nicht, dass sie aus Beiläufigkeit formuliert wurden!

Heute haben wir das Gefühl, dass die UdSSR, nachdem sie „den Kalten Krieg verloren“ hat, kein Mitspracherecht bei den europäischen Sicherheitsentwicklungen hatte. Das ist nicht wahr. Als Sieger des Zweiten Weltkriegs hatte die UdSSR de jure ein Vetorecht bei der deutschen Wiedervereinigung. Mit anderen Worten: Die westlichen Länder mussten ihre Zustimmung einholen, wofür Gorbatschow im Gegenzug eine Verpflichtung zur Nichterweiterung der NATO verlangte. Es darf nicht vergessen werden, dass die UdSSR 1990 noch existierte und ihre Auflösung noch nicht in Frage stand, wie das Referendum vom März 1991 zeigen sollte. Die Sowjetunion befand sich also nicht in einer schwachen Position und konnte die Wiedervereinigung verhindern.

Dies bestätigte der deutsche Außenminister Hans-Dietrich Genscher am 31. Januar 1990 in Tutzing (Bayern), wie aus einem [Telegramm der US-Botschaft](#) in Bonn hervorgeht:

Genscher warnte jedoch, dass jeder Versuch, die militärische Reichweite der NATO auf das Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) auszudehnen, die deutsche Wiedervereinigung blockieren würde.

Die deutsche Wiedervereinigung hatte für die UdSSR zwei wesentliche Konsequenzen: den Rückzug der Gruppe der Sowjetischen Streitkräfte in Deutschland (GSFG), des stärksten und modernsten Kontingents außerhalb ihres Territoriums, und den Wegfall eines bedeutenden Teils ihres schützenden „Glacis“. Mit anderen Worten: Jeder Schritt würde auf Kosten seiner Sicherheit gehen. Aus diesem Grund erklärte Genscher:

... Die Veränderungen in Osteuropa und der Prozess der deutschen Vereinigung dürften „die sowjetischen Sicherheitsinteressen nicht untergraben.“ Deshalb sollte die NATO eine „Ausdehnung ihres Territoriums nach Osten, d.h. eine Annäherung an die sowjetischen Grenzen, ausschließen.“

Zu diesem Zeitpunkt war der Warschauer Pakt noch in Kraft, und die NATO-Doktrin war unverändert. Daher äußerte Michail Gorbatschow sehr bald seine berechtigten Sorgen um die nationale Sicherheit der UdSSR. Dies veranlasste den amerikanischen Außenminister James Baker, unverzüglich Gespräche mit ihm aufzunehmen. Am 9. Februar 1990 [erklärte Baker](#), um die Bedenken Gorbatschows zu zerstreuen:

Nicht nur für die Sowjetunion, sondern auch für andere europäische Staaten ist es wichtig, Garantien dafür zu haben, dass sich die derzeitige militärische Zuständigkeit der NATO nicht einen Zentimeter nach Osten ausdehnt, wenn die USA ihre Präsenz in Deutschland im Rahmen der NATO aufrechterhalten.

Versprechungen wurden also nur gemacht, weil der Westen keine andere Wahl hatte, um die Zustimmung der UdSSR zu erhalten; und ohne Versprechungen wäre Deutschland nicht wiedervereinigt worden. Gorbatschow [akzeptierte](#) die deutsche Wiedervereinigung nur, weil er Zusagen von Präsident George H.W. Bush und James Baker, von Bundeskanzler Helmut Kohl und seinem Außenminister Hans-Dietrich Genscher, von der britischen Premierministerin Margaret Thatcher, ihrem Nachfolger John Major und deren Außenminister Douglas Hurd, von Staatspräsident François Mitterrand, aber auch von CIA-Direktor Robert Gates und Manfred Wörner, dem damaligen Generalsekretär der NATO, erhalten hatte.

So erklärte Manfred Wörner, NATO-Generalsekretär, am 17. Mai 1990, [in einer Rede in Brüssel](#):

Die Tatsache, dass wir bereit sind, keine NATO-Armee über deutsches Gebiet hinaus zu stationieren, gibt der Sowjetunion eine solide Sicherheitsgarantie.

Im Februar 2022 enthüllte Joshua Shiffrin, ein amerikanischer Politikanalyst, im deutschen Magazin [Der Spiegel](#) ein als geheim deklariertes Dokument vom 6. März 1991, das nach einem Treffen der politischen Direktoren der Außenministerien der USA, Großbritanniens, Frankreichs und Deutschlands verfasst wurde. Es gibt die Worte des deutschen Vertreters, Jürgen Chrobog, wieder:

Wir haben bei den 2+4-Verhandlungen deutlich gemacht, dass wir die NATO nicht über die Elbe hinaus erweitern werden. Deshalb können wir Polen und den anderen nicht die NATO-Mitgliedschaft anbieten.

Die Vertreter der anderen Länder akzeptierten auch die Idee, den anderen osteuropäischen Ländern keine NATO-Mitgliedschaft anzubieten.

Ob schriftlich festgehalten oder nicht, es gab also eine „Abmachung“, einfach weil eine „Abmachung“ unvermeidlich war. Im Völkerrecht ist ein „Versprechen“ ein gültiger einseitiger Akt, der eingehalten werden muss („promissio est servanda“). Diejenigen, die dies heute leugnen, sind einfach Menschen, die den Wert eines bestimmten Wortes nicht kennen.

Hat Wladimir Putin das Budapester Memorandum (1994) missachtet?

Im Februar 2022 verwies Volodymyr Zelensky auf dem Münchner Sicherheitsforum auf das Budapester Memorandum von 1994 und drohte damit, wieder eine Atommacht zu werden. Es ist jedoch unwahrscheinlich, dass die Ukraine wieder eine Atommacht wird, und die Atommächte werden dies auch nicht zulassen. Zelensky und Putin wissen das. Tatsächlich benutzt Zelensky dieses Memorandum nicht, um Atomwaffen zu bekommen, sondern um die Krim zurückzubekommen, da die Ukrainer die Annexion der Krim durch Russland als Verstoß gegen diesen Vertrag betrachten. Im Grunde genommen versucht Zelensky, die westlichen Länder als Geiseln zu nehmen. Um das zu verstehen, müssen wir auf Ereignisse und Fakten zurückgreifen, die von unseren Historikern opportunistisch „vergessen“ werden.

Am 20. Januar 1991, noch vor der Unabhängigkeit der Ukraine, wurden die Krimbewohner aufgefordert, in einem Referendum zwischen zwei Optionen zu wählen: bei Kiew zu bleiben oder zur Situation vor 1954 zurückzukehren und von Moskau verwaltet zu werden. Die Frage, die auf dem Stimmzettel stand, lautete:

Sind Sie für die Wiederherstellung der Autonomen Sozialistischen Sowjetrepublik Krim als Subjekt der Sowjetunion und Mitglied des Unionsvertrages?

Dies war das erste Referendum über die Autonomie in der UdSSR, und 93,6 Prozent der Krimbewohner stimmten für den Anschluss an Moskau. Die 1945 abgeschaffte Autonome Sozialistische Sowjetrepublik Krim (ASSR Krim) wurde somit am 12. Februar 1991 durch den Obersten Sowjet der Ukrainischen SSR wiedererrichtet. Am 17. März organisierte Moskau ein Referendum über den Verbleib in der Sowjetunion, das von der Ukraine akzeptiert wurde, wodurch die Entscheidung der Krim-Bewohner indirekt bestätigt wurde. Zu diesem Zeitpunkt befand sich die Krim unter der Kontrolle Moskaus und nicht Kiews, während die Ukraine noch nicht unabhängig war. Als die Ukraine ihr eigenes Unabhängigkeitsreferendum organisierte, blieb die Beteiligung der Krimbewohner schwach, da sie sich nicht mehr betroffen fühlten.

Die Ukraine wurde sechs Monate nach der Krim unabhängig, nachdem diese am 4. September ihre Souveränität proklamiert hatte. Am 26. Februar 1992 rief das Parlament der Krim mit Zustimmung der ukrainischen Regierung die „Republik Krim“ aus und verlieh ihr den Status einer Selbstverwaltungsrepublik. Am 5. Mai 1992 erklärte die Krim ihre Unabhängigkeit und gab sich eine Verfassung. Die Stadt Sewastopol, die im kommunistischen System direkt von Moskau verwaltet wurde, befand sich in einer ähnlichen Situation, da sie 1991 von der Ukraine unter Missachtung jeglicher Legalität eingegliedert wurde. Die folgenden Jahre waren geprägt von einem Tauziehen zwischen Simferopol und Kiew, das die Krim unter seiner Kontrolle behalten wollte.

1994 gab die Ukraine mit der Unterzeichnung des Budapester Memorandums die auf ihrem Territorium verbliebenen Kernwaffen der ehemaligen UdSSR im Austausch für „ihre Sicherheit, Unabhängigkeit und territoriale Integrität“ ab. Zu diesem Zeitpunkt vertrat die Krim die Auffassung, dass sie de jure nicht mehr zur Ukraine gehöre und daher von diesem Vertrag nicht betroffen sei. Die Regierung in Kiew ihrerseits fühlte sich durch das Memorandum gestärkt. Aus diesem Grund setzte sie am 17. März 1995 die Verfassung der Krim gewaltsam außer Kraft. Sie entsandte ihre Spezialeinheiten, um Juri Mechkow, den Präsidenten der Krim, zu stürzen und die Republik Krim de facto zu annektieren, was zu Demonstrationen für den Anschluss der Krim an Russland führte. Ein Ereignis, über das in den westlichen Medien kaum berichtet wurde.

Die Krim wurde damals autoritär durch Präsidialdekrete aus Kiew regiert. Diese Situation veranlasste das Krim-Parlament im Oktober 1995 zur Ausarbeitung einer neuen Verfassung, mit der die Autonome Republik Krim wiedererrichtet wurde. Diese neue Verfassung wurde vom Krim-Parlament am 21. Oktober 1998 ratifiziert und vom ukrainischen Parlament am 23. Dezember 1998 bestätigt. Diese Ereignisse und die Bedenken der russischsprachigen Minderheit führten am 31. Mai 1997 zum Abschluss eines Freundschaftsvertrags zwischen der Ukraine und Russland. In diesem Vertrag nahm die Ukraine den Grundsatz der Unverletzlichkeit der Grenzen auf und garantierte im Gegenzug – und das ist sehr wichtig – „den Schutz der ethnischen, kulturellen, sprachlichen und religiösen Eigenart der nationalen Minderheiten auf ihrem Gebiet“.

Am 23. Februar 2014 gingen die neuen Behörden in Kiew nicht nur aus einem Staatsstreich hervor, der definitiv keine verfassungsmäßige Grundlage hatte und nicht gewählt worden war, sondern sie hielten sich auch nicht mehr an diese Garantie des Vertrags von 1997, indem sie das Kivalov-Kolesnichenko-Gesetz von 2012 über die Amtssprachen aufhoben. Die Krimbewohner gingen daher auf die Straße, um die „Rückkehr“ nach Russland zu fordern, die sie 30 Jahre zuvor erhalten hatten.

Am 4. März fragte ein Journalist Wladimir Putin während seiner Pressekonferenz zur Lage in der Ukraine: „Wie sehen Sie die Zukunft der Krim? Ziehen Sie die Möglichkeit in Betracht, dass sie sich Russland anschließt?“, antwortete er:

Nein, das kommt für uns nicht in Frage. Generell glaube ich, dass nur die Bewohner eines Landes, die frei und sicher entscheiden können, über ihre Zukunft bestimmen können und sollen. Wenn dieses Recht den Albanern im Kosovo zugestanden wurde, wenn dies in vielen Teilen der Welt möglich ist, dann schließt niemand das Recht der Völker auf Selbstbestimmung aus, das meines Wissens in mehreren UN-Dokumenten verankert ist. Wir werden eine solche Entscheidung jedoch in keiner Weise provozieren und solche Gefühle nicht schüren.

Am 6. März beschloss das Krim-Parlament, eine Volksabstimmung abzuhalten, um zwischen dem Verbleib in der Ukraine und dem Antrag auf Anschluss an Moskau zu entscheiden. Nach dieser Abstimmung ersuchten die Behörden der Krim Moskau um einen Anschluss an Russland.

Mit diesem Referendum hatte die Krim lediglich den Status wiedererlangt, den sie kurz vor der Unabhängigkeit von der Ukraine rechtlich erworben hatte. Dies erklärt, warum die Krim wie schon im Januar 1991 erneut den Anschluss an Moskau beantragte.

Außerdem wurde das Abkommen über den Status der Streitkräfte (SOFA) zwischen der Ukraine und Russland über die Stationierung von Truppen auf der Krim und in Sewastopol im Jahr 2010

verlängert und soll bis 2042 gelten. Russland hatte also keinen besonderen Grund, dieses Gebiet zu beanspruchen. Die Bevölkerung der Krim, die sich zu Recht von der Regierung in Kiew verraten fühlte, nutzte die Gelegenheit, um ihre Rechte geltend zu machen.

Am 19. Februar 2022 machte die deutsche Botschafterin in Kiew, Anka Feldhusen, einen [Strich durch die Rechnung](#), indem sie im Fernsehsender Ukraine 24 erklärte, das Budapester Memorandum sei rechtlich nicht bindend. Dies ist übrigens auch der amerikanische Standpunkt, wie aus der Erklärung [auf der Website](#) der amerikanischen Botschaft in Minsk hervorgeht.

Das gesamte westliche Narrativ über die „Annexion“ der Krim basiert auf einer Umschreibung der Geschichte und der Verschleierung des Referendums von 1991, das es tatsächlich gab und das vollkommen gültig war. Das Budapester Memorandum von 1994 wird seit Februar 2022 ausgiebig zitiert, aber das westliche Narrativ ignoriert einfach den Freundschaftsvertrag von 1997, der der Grund für die Unzufriedenheit der russischsprachigen ukrainischen Bürger ist.

Ist die ukrainische Regierung rechtmäßig?

Die Russen betrachten den Regimewechsel von 2014 nach wie vor als illegitim, da er nicht im Rahmen eines verfassungsmäßigen Prozesses und ohne die Unterstützung eines großen Teils der ukrainischen Bevölkerung stattfand.

Die Maidan-Revolution kann in mehrere Abschnitte mit unterschiedlichen Akteuren unterteilt werden. Heute versuchen diejenigen, die vom Hass auf Russland getrieben sind, diese verschiedenen Abläufe zu einem einzigen „demokratischen Impuls“ zu verschmelzen: Ein Weg, die von der Ukraine und ihren neonazistischen Eiferern begangenen Verbrechen zu rechtfertigen.

Zunächst versammelte sich die von der Entscheidung der Regierung, die Unterzeichnung des Vertrages mit der EU zu verschieben, enttäuschte Bevölkerung Kiews auf den Straßen. Ein Regimewechsel lag nicht in der Luft. Dies war ein einfacher Ausdruck von Unzufriedenheit.

Im Gegensatz zu den Behauptungen des Westens war die Ukraine damals in der Frage der Annäherung an Europa tief gespalten. Eine im November 2013 vom Kiewer Internationalen Institut für Soziologie (KIIS) [durchgeführte Umfrage](#) zeigt, dass das Land fast genau „50/50“ zwischen den Befürwortern eines Abkommens mit der Europäischen Union und den Befürwortern einer Zollunion mit Russland geteilt war. Im Süden und Osten der Ukraine war die Industrie stark mit Russland verbunden, und die Arbeitnehmer befürchteten, dass ein Abkommen ohne Russland ihre Arbeitsplätze vernichten würde. Und genau das würde schließlich passieren. In der Tat war das Ziel in dieser Phase bereits der Versuch, [Russland zu isolieren](#).

In der *Washington Post* stellte Henry Kissinger, Ronald Reagans Nationaler Sicherheitsberater, fest, dass die EU „dazu beigetragen hat, eine Verhandlung in eine Krise zu verwandeln“.

Was später geschah, betraf ultranationalistische und neonazistische Gruppen aus dem westlichen Teil des Landes. Es kam zu Gewaltausbrüchen, und die Regierung zog sich zurück, nachdem sie mit den Randalierern eine Vereinbarung über Neuwahlen unterzeichnet hatte. Doch das war schnell vergessen.

Es handelte sich um nichts weniger als einen Staatsstreich, der von den USA mit Unterstützung der EU angeführt und ohne jegliche Rechtsgrundlage gegen eine Regierung durchgeführt wurde, deren

Wahl von der OSZE als „transparent und ehrlich“ bezeichnet wurde und „eine [beeindruckende Demonstration](#) der Demokratie“ geboten habe. Im Dezember 2014 sagte George Friedman, Präsident der amerikanischen geopolitischen Geheimdienstplattform STRATFOR, [in einem Interview](#):

Russland bezeichnet das Ereignis, das Anfang dieses Jahres [im Februar 2014] stattfand, als einen von den USA organisierten Putsch. Und in der Tat war es der krasseste [Putsch] in der Geschichte.

Im Gegensatz zu den europäischen Beobachtern hat der [Atlantic Council](#), obwohl er die NATO nachdrücklich befürwortet, schnell festgestellt, dass die Maidan-Revolution von bestimmten [Oligarchen und Ultrationalisten](#) gekapert wurde. Er stellte fest, dass die von der Ukraine versprochenen Reformen nicht durchgeführt worden seien und dass die westlichen Medien an einer kritischen „Schwarz-Weiß“-Darstellung festhielten.

Ein von der BBC enthülltes Telefongespräch zwischen Victoria Nuland, der damaligen stellvertretenden Außenministerin für Europa und Eurasien, und Geoffrey Pyatt, dem US-Botschafter in Kiew, zeigt, dass die Amerikaner selbst die Mitglieder der künftigen ukrainischen Regierung auswählten, und zwar gegen die Ukrainer und die Europäer. Dieses Gespräch, wurde berühmt dank Nulands berühmtem „F*** the EU!“

Der Staatsstreich wurde vom ukrainischen Volk weder inhaltlich noch formal einhellig unterstützt. Er war das Werk einer Minderheit von Ultrationalisten aus der Westukraine (Galizien), die nicht das gesamte ukrainische Volk repräsentierten. Ihr erster gesetzgeberischer Akt am 23. Februar 2014 war die Aufhebung des Kivalov-Kolesnichenko-Gesetzes von 2012, das die russische Sprache als Amtssprache neben dem Ukrainischen einführte. Dies veranlasste die russischsprachige Bevölkerung im südlichen Teil des Landes zu massiven Protesten gegen die Behörden, die sie nicht gewählt hatte.

Im Juli 2019 stellte die [International Crisis Group](#) (finanziert von mehreren europäischen Ländern und der Open Society Foundation) fest:

Der Konflikt in der Ostukraine begann als eine Volksbewegung. [...]

Die Proteste wurden von lokalen Bürgern organisiert, die behaupteten, die russischsprachige Mehrheit in der Region zu vertreten. Sie waren sowohl über die politischen und wirtschaftlichen Folgen der neuen Regierung in Kiew als auch über die später aufgegebenen Maßnahmen dieser Regierung zur Verhinderung des offiziellen Gebrauchs der russischen Sprache im ganzen Land besorgt [„Rebels without a Cause: Russia's Proxies in Eastern Ukraine“, International Crisis Group, Europe Report N° 254, 16 juillet 2019, S. 2].

Die Bemühungen des Westens, diesen rechtsextremen Putsch in Kiew zu legitimieren, führten dazu, die Opposition im Süden des Landes zu verstecken. Um diese Revolution als demokratisch darzustellen, wurde die tatsächliche „Hand des Westens“ geschickt durch die imaginäre „Hand Russlands“ verdeckt. Auf diese Weise wurde der Mythos einer russischen Militärintervention geschaffen. Die Behauptungen über eine russische Militärpräsenz waren definitiv falsch. Der Chef des ukrainischen Sicherheitsdienstes (SBU) [gab 2015 zu](#), dass sich keine russischen Einheiten im Donbass aufhielten.

Erschwerend kommt hinzu, dass die Ukraine durch die Art und Weise, wie sie mit der Rebellion umging, keine Legitimität erlangt hat. In den Jahren 2014-2015 führte die Ukraine, die von den NATO-Militärs schlecht beraten wurde, einen Krieg, der nur zu ihrer Niederlage führen konnte: Sie betrachtete die Bevölkerung im Donbass und auf der Krim als feindliche ausländische Kräfte und unternahm keinen Versuch, die „Herzen und Köpfe“ der Autonomisten zu gewinnen. Stattdessen bestand ihre Strategie darin, die Bevölkerung noch weiter zu bestrafen. Bankdienstleistungen wurden eingestellt, die wirtschaftlichen Beziehungen zu den autonomen Regionen wurden einfach gekappt, und die Krim erhielt kein Trinkwasser mehr.

Das ist der Grund, warum es im Donbass so viele zivile Opfer gibt und warum die russische Bevölkerung auch heute noch mehrheitlich hinter ihrer Regierung steht. Die 14.000 Opfer des Konflikts werden in der Regel den „russischen Invasoren“ und den sogenannten „Separatisten“ zugeschrieben. Nach Angaben der Vereinten Nationen sind jedoch mehr als 80 Prozent der zivilen Opfer auf ukrainischen Beschuss zurückzuführen. Wie wir sehen können, massakriert die ukrainische Regierung ihr eigenes Volk mit Hilfe, Finanzierung und Beratung durch das Militär der NATO und der Länder der EU, die ihre Werte verteidigen.

Im Mai 2014 veranlasste die gewaltsame Unterdrückung der Proteste die Bevölkerung in einigen Gebieten der Regionen Donezk und Lugansk in der Ukraine dazu, Referenden über die Selbstbestimmung in der Volksrepublik Donezk (mit 89 Prozent Zustimmung) und in der Volksrepublik Lugansk (mit 96 Prozent Zustimmung) abzuhalten. Auch wenn die westlichen Medien diese Referenden immer wieder als „Unabhängigkeitsreferenden“ bezeichnen, handelt es sich um Referenden über „Selbstbestimmung“ oder „Autonomie“. Bis Februar 2022 sprachen unsere Medien ständig von „Separatisten“ und „separatistischen Republiken“. In Wirklichkeit strebten diese selbsternannten Republiken, wie im Minsker Abkommen festgehalten, keine „Unabhängigkeit“ an, sondern eine „Autonomie“ innerhalb der Ukraine, mit der Möglichkeit, ihre eigene Sprache und ihre eigenen Bräuche zu verwenden.

Ist die NATO ein Verteidigungsbündnis?

Der Grundgedanke der NATO besteht darin, die europäischen Bündnispartner unter den nuklearen Schutzschirm der USA zu stellen. Sie wurde als Verteidigungsbündnis konzipiert, obwohl aus kürzlich [freigegebenen US-Dokumenten](#) hervorgeht, dass die Sowjets offensichtlich nicht die Absicht hatten, den Westen anzugreifen.

Für die Russen ist die Frage, ob die NATO offensiv oder defensiv ist, nebensächlich. Um Putins Standpunkt zu verstehen, müssen wir zwei Dinge berücksichtigen, die von westlichen Kommentatoren gewöhnlich übersehen werden: die Erweiterung der NATO nach Osten und die schrittweise Aufgabe des normativen Rahmens der internationalen Sicherheit durch die USA.

Solange die USA keine Raketen in der Nähe ihrer Grenzen stationierten, kümmerte sich Russland nicht so sehr um die NATO-Erweiterung. Russland selbst erwog, einen Antrag auf Mitgliedschaft zu stellen. Doch 2001 traten Probleme auf, als George W. Bush beschloss, einseitig aus dem [ABM-Vertrag](#) auszusteigen und Anti-Balistik-Raketen (ABM) in Osteuropa zu stationieren. Der ABM-Vertrag sollte den Einsatz von Abwehrraketen einschränken, um den Abschreckungseffekt einer gegenseitigen Zerstörung aufrechtzuerhalten, indem er den Schutz der Entscheidungsgremien durch einen ballistischen Schutzschild ermöglicht (um die Verhandlungsfähigkeit zu erhalten). So be-

schränkte er die Stationierung von Abwehrraketen auf bestimmte Zonen (vor allem um Washington DC und Moskau) und verbot sie außerhalb der nationalen Territorien.

Seitdem haben sich die USA schrittweise aus allen während des Kalten Krieges geschlossenen Rüstungskontrollabkommen zurückgezogen: dem ABM-Vertrag (2002), dem Vertrag über den Offenen Himmel (2018) und dem INF-Vertrag (2019) über nukleare Mittelstreckenwaffen.

Im Jahr 2019 begründete Donald Trump seinen Ausstieg aus dem INF-Vertrag mit angeblichen Verstößen der russischen Seite. Wie das Internationale Stockholmer Friedensforschungsinstitut (SIPRI) feststellt, haben die Amerikaner jedoch [nie Beweise für diese Verstöße vorgelegt](#). Tatsächlich versuchten die USA lediglich, aus dem Abkommen auszusteigen, um ihre AEGIS-Raketensysteme in Polen und Rumänien zu installieren. Nach Angaben der US-Regierung sind diese Systeme offiziell dazu bestimmt, iranische ballistische Raketen abzufangen. Es gibt jedoch zwei Probleme, die eindeutig Zweifel an der Redlichkeit der Amerikaner aufkommen lassen:

- Erstens gibt es [keinen Hinweis](#) darauf, dass die Iraner solche Raketen entwickeln, wie Michael Ellemann von Lockheed-Martin vor einem Ausschuss des amerikanischen Senats erklärte.
- Zweitens werden für diese Systeme Mk41-Raketen verwendet, die sowohl für den Start von ballistischen Raketen als auch von Atomraketen eingesetzt werden können. Der Standort Radzikowo in Polen ist 800 km von der russischen Grenze und 1.300 km von Moskau entfernt.

Die Regierungen Bush und Trump erklärten, die in Europa stationierten Systeme seien rein defensiv. Doch selbst wenn dies theoretisch stimmt, ist es technisch und strategisch falsch. Denn der Zweifel, der ihre Aufstellung ermöglichte, ist derselbe Zweifel, den die Russen im Falle eines Konflikts berechtigterweise haben könnten. Diese Präsenz in unmittelbarer Nähe des russischen Staatsgebiets kann tatsächlich zu einem nuklearen Konflikt führen. Denn im Falle eines Konflikts wäre es nicht möglich, die Art der in den Systemen geladenen Raketen genau zu kennen – sollten die Russen also auf Explosionen warten, bevor sie reagieren? Die Antwort ist bekannt: Da es keine Vorwarnzeit gibt, hätten die Russen praktisch keine Zeit, die Art einer abgefeuerten Rakete zu bestimmen, und wären daher gezwungen, präventiv mit einem Atomschlag zu reagieren.

Wladimir Putin sieht darin nicht nur eine Gefahr für die Sicherheit Russlands, sondern stellt auch fest, dass die USA zunehmend das Völkerrecht missachten, um eine einseitige Politik zu betreiben. Deshalb sagt Wladimir Putin, dass die europäischen Länder in einen Atomkonflikt hineingezogen werden könnten, ohne es zu wollen. Dies war der Inhalt seiner Rede in München im Jahr 2007, und er kam mit demselben Argument Anfang 2022, als Emmanuel Macron im Februar nach Moskau reiste.

Finland und Schweden in der NATO – eine gute Idee?

Die Zukunft wird zeigen, ob die Entscheidung Schwedens und Finnlands, die NATO-Mitgliedschaft zu beantragen, eine kluge Idee war. Wahrscheinlich haben sie den Wert des von der NATO gebotenen nuklearen Schutzes überschätzt. In der Tat ist es sehr unwahrscheinlich, dass die USA ihr eigenes Land opfern werden, indem sie zum Wohle Schwedens oder Finnlands russischen Boden angreifen. Es ist wahrscheinlicher, dass die USA, wenn sie Atomwaffen einsetzen, dies in erster

Linie auf europäischem Boden und nur als letztes Mittel auf russischem Territorium tun werden, um ihr eigenes Territorium vor einem nuklearen Gegenschlag zu schützen.

Darüber hinaus haben sich diese beiden Länder, die die Kriterien der Neutralität erfüllen, die sich Russland für seine direkten Nachbarn wünschen würde, absichtlich in Russlands nukleares Fadenkreuz gestellt. Für Russland geht die Hauptbedrohung vom mitteleuropäischen Kriegsschauplatz aus. Mit anderen Worten: Im Falle eines hypothetischen Konflikts in Europa wären die russischen Streitkräfte in erster Linie in Mitteleuropa engagiert und könnten ihre nuklearen Armeen auf dem Kriegsschauplatz einsetzen, um ihre Operationen zu „flankieren“, indem sie die nordischen Länder angreifen, ohne dass die Gefahr einer nuklearen Antwort der USA bestünde.

War es unmöglich, den Warschauer Pakt zu verlassen?

Der Warschauer Pakt wurde kurz nach dem Beitritt Deutschlands zur NATO gegründet, und zwar aus genau denselben Gründen, die wir oben beschrieben haben. Seine größte militärische Aktion war der Einmarsch in die Tschechoslowakei im August 1968 (an dem alle Paktstaaten außer Albanien und Rumänien beteiligt waren). Dieses Ereignis führte dazu, dass Albanien weniger als einen Monat später aus dem Pakt austrat und Rumänien nach 1969 nicht mehr aktiv an der militärischen Führung des Warschauer Paktes teilnahm. Daher ist die Behauptung, dass es niemandem freistand, den Vertrag zu verlassen, nicht korrekt.

Jacques Baud ist ein weithin anerkannter geopolitischer Experte, der zahlreiche Artikel und Bücher veröffentlicht hat, darunter [Poutine: Maître du jeu? Gouverner avec les fake news](#), and [L’Affaire Navalny](#).